

Federführung	Dezernat II Büro der Oberbürgermeisterin Laartz, Sabine
--------------	---------------------------------------------------------------

AZ./Datum:	/09.10.2023		
Gremium	Behandlung	Sitzungsart	Sitzungsdatum
Gemeinderat	zur Kenntnisnahme	öffentlich	24.10.2023

Unterbringung von Geflüchteten - Informationen zur aktuellen Lage

Bezug:

VA am 09.05.2023 (nö)

Vorlage 108/2023

VA am 14.02.2023 (nö)

Vorlage 033/2023

GR am 05.04.2022 (nö)

Vorlage 076/2022

IA am 17.10.2023 (ö)

Vorlage 226/2023/1

Sachverhalt:

Die Zahl der Menschen, die weltweit vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen müssen, war noch nie so hoch wie heute.

Laut dem Global Trends Report des UN-Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) waren Ende 2022 weltweit 108,4 Millionen Menschen auf der Flucht. Diese Zahl umfasst Geflüchtete, Asylsuchende, Binnenvertriebene und andere Menschen, die internationalen Schutz benötigen.

Im Vergleich zum Jahresende 2021 waren Ende 2022 etwa 19 Millionen Menschen mehr auf der Flucht – dies entspricht einem Anstieg von 21 Prozent. Dieser Anstieg ist vor allem auf Flüchtlinge aus der Ukraine zurückzuführen, die vor dem internationalen bewaffneten Konflikt in ihrem Land fliehen, sowie auf revidierte Schätzungen für Afghanen in der Islamischen Republik Iran und Pakistan.¹ Die derzeitige weltpolitische Lage wird die Situation weiter verschärfen.

Situation in Baden-Württemberg

Im Jahr 2022 wurden im Land Baden-Württemberg rund 178.000 Geflüchtete aufgenommen, darunter rund 27.800 Asylbegehrende, rund 146.300 Geflüchtete aus der Uk-

¹ Quelle: <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen> [16.10.2023]]

raine, wovon rund 46.700 vorübergehend in der Erstaufnahme untergebracht wurden, sowie rund 3.400 weitere Einreisende im Rahmen der humanitären Aufnahme.

Damit wurden im Jahr 2022 deutlich mehr Personen aufgenommen als im gesamten Jahr 2015, dem Höhepunkt der damaligen Fluchtbewegungen, und dem Jahr 2016 zusammen.

Von Januar bis Juli 2023 haben 20.221 Personen in Baden-Württemberg einen Asyl-Erstantrag gestellt: Dies sind mehr als doppelt so viele wie zur selben Zeit im Vorjahr (9.988).² Am 25.08.2023 waren 173.267 ukrainische Geflüchtete in Baden-Württemberg gemeldet.

Im September 2023 hat das Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg festgestellt, dass der Zugang von Flüchtlingen stark angestiegen ist, sodass teilweise 300 – 400 Menschen pro Tag nach Baden-Württemberg gekommen sind. Zuletzt (Stand: 25.09.2023) waren an einzelnen Tagen auch Zugänge von über 300 Personen pro Tag zu verzeichnen.

Die umfangreiche Aufnahme Geflüchteter während dieses Jahres und der vergangenen Jahre ist ein eindeutiger Beleg dafür, dass die Gemeinden, Städte und Landkreise in Baden-Württemberg sich zu ihrer humanitären Verantwortung, wie kaum anderswo innerhalb der Europäischen Union (EU), bekennen. Nicht zuletzt auch durch die vielerorts weitreichende Unterstützung in Form von bürgerschaftlichem Engagement wurden die verfügbaren Kapazitäten bei der Unterbringung, Begleitung und Integration der Geflüchteten mobilisiert.

Grenzen des Leistbaren

Gleichwohl liegt es auch in der Verantwortung der Kommune, die Grenzen des Leistbaren zu kommunizieren und im Sinne eines gesamtverantwortlichen Handelns auf ein gutes Miteinander innerhalb der Ortsgemeinschaft zu achten. Hierzu gehört auch, dass nicht dauerhaft gegen eine abnehmende Akzeptanz weiter steigender Zugänge von geflüchteten Personen verfahren werden kann.

Zwischenzeitlich sind die regulären Aufnahmekapazitäten seit Monaten belegt und die Integrationsressourcen, insbesondere in den sozialen Einrichtungen, wie den Kindertagesstätten, den Schulen, Sprachkursen und den Einrichtungen zur ärztlichen Versorgung überlastet. Das Personal in den Ausländerbehörden im Land, auch bei der Stadt Fellbach, arbeitet weit über dem Limit.

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Fellbach hat sich gemeinsam mit den Oberbürgermeistern der großen Kreisstädte im Rems-Murr-Kreis deshalb im Oktober 2022 mit einem offenen Brief an die Landtags- und Bundestagsabgeordneten gewandt. Bereits in diesem Schreiben wurden die verschiedenen Problemlagen herausgearbeitet und deutlich adressiert. Die damals vermuteten Szenarien wurden mittlerweile sogar übertroffen.

Die deutlichen Signale aus den Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden dahingehend, dass die Belastungsgrenze erreicht ist und eine Begrenzungsstrategie notwendig ist, haben auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundespräsident a.D. Joachim Gauck mittlerweile öffentlich aufgegriffen.

² Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Aktuelle Lage in Fellbach

In Fellbach konnten bis zum 31. Dezember 2022 insgesamt 621 Personen aufgenommen werden. Parallel dazu hat der Landkreis drei Gemeinschaftsunterkünfte in Fellbach eingerichtet.

Ende des vergangenen Jahres wurde den Kommunen von den Verantwortlichen des Rems-Murr-Kreis mitgeteilt, dass aufgrund der prognostizierten Entwicklungen mindestens von einer Verdoppelung der ursprünglichen Aufnahmequote des Jahres 2022 (111 Personen) auszugehen ist und sich die Kommunen entsprechend auf eine stark erhöhte Zuweisungszahl im Jahr 2023 vorbereiten sollen.

Die Zuweisungszahlen des Jahres 2023 haben sich von im Februar prognostizierten 223 Personen mittlerweile auf 325 Personen erhöht. Aktuell geht der Landkreis davon aus, dass sich die sehr hohen Asylbewerberzuweisungen in den kommenden Monaten nochmal deutlich erhöhen werden. Bei den ukrainischen Geflüchteten ist derzeit ebenso wieder ein kontinuierlicher Anstieg der Zuweisungszahlen zu beobachten.

Die aktuell hohe Anzahl an Asylbewerbern in den Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises sowie die sich weiterhin zuspitzende Zugangslage wird im Jahr 2024 eine deutlich höhere Zuweisung in der Anschlussunterbringung für die Stadt Fellbach als in 2023 zur Folge haben – damit gemeint ist die Zuweisungsquote ohne ukrainische Geflüchtete.

Aktuelle politische Diskussion

Die Kommunalen Landesverbände Baden-Württemberg stehen im regen Austausch mit der Landesregierung und haben im März 2023 einen so genannten 12-Punkte-Plan hinsichtlich der Migrations- und Flüchtlingspolitik vorgelegt.

Am 8. Juni 2023 erzielte der Rat der Europäischen Union im Rahmen der Konferenz der EU-Innenminister/innen eine Einigung über die Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement. Sie wird die Grundlage für die Verhandlungen des Ratsvorsitzenden mit dem Europäischen Parlament und der Kommission (Trilog). Der geschlossene Kompromiss sieht vor, dass ankommende Personen zunächst in speziellen Einrichtungen verbleiben, um dort den Asylanspruch und eine mögliche Bleibeperspektive zu prüfen. Personen ohne Bleibeperspektive sollen aus den Einrichtungen direkt zurückgeführt werden. In den Asylzentren sollen alle ankommenden Menschen erstmal erfasst und registriert werden, danach ist eine Verteilung auf die Mitgliedsstaaten vorgesehen.

Für November 2023 ist zwischen Bund und Ländern eine weitere Konferenz verabredet, bei der über die langfristige Finanzierung der Flüchtlingskosten verhandelt werden soll.

Schaffung weiterer Kapazitäten zur Unterbringung von Geflüchteten in Fellbach

Die Stadtverwaltung und die Wohnungs- und Dienstleistungsgesellschaft Fellbach mbH (WDF) haben sich intensiv mit der Schaffung neuer Unterbringungskapazitäten auseinandergesetzt. Die im vergangenen Jahr in Betrieb genommenen Unterkünfte im Erbach, dem Hotel „Grüner Baum“ und in der Fellbacher Straße sind vollständig belegt und werden durch die Hausleitungen der WDF betreut; ebenfalls wird von der WDF das Belegungsmanagement organisiert. Zudem findet eine enge Zusammenarbeit mit dem Integrationsmanagement der Stadtverwaltung statt.

Aufgrund der prognostizierten Zuweisungszahlen wurde im vergangenen Jahr mit einer Reihe von Maßnahmen begonnen, um die Aufnahme der Geflüchteten bewältigen zu

können. In der Tournonstraße konnte im Februar eine Wohncontaineranlage in Betrieb genommen werden; diese bietet insgesamt Platz für ca. 90 Personen. Die ehemalige Büroimmobilie in der Welfenstraße konnte nach Durchführung umfangreicher Umbaumaßnahmen im August in Betrieb genommen werden und bietet Platz für ca. 95 Personen. Aktuell finden die letzten baulichen Maßnahmen in der Bruckstraße (ehemalige Wohnsitzlosenunterkunft) statt, sodass auch diese Gebäude ab November für eine Unterbringung von ca. 90 Personen zur Verfügung stehen werden.

Resümee

Die Stadt Fellbach sieht sich insgesamt vor einer deutlich angespannten Situation durch die Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten. Dabei wird es als besondere Herausforderung gesehen, eine gesellschaftliche Balance zu erreichen und die Einrichtungen der Daseinsvorsorge nicht noch weiter stark zu belasten. Wie bereits im offenen Brief der Oberbürgermeister gefordert, wird für die übernommenen Aufgaben zur Zuwanderung und Flucht ein adäquater finanzieller Ausgleich durch Bund und Land benötigt, um die zusätzlich übernommenen Aufgaben auskömmlich zu finanzieren, da sonst die Erledigung der kommunalen Pflichtaufgaben nicht mehr gesichert werden kann.

Die Verwaltung strebt daher auch weiterhin einen engen Austausch mit den Verantwortlichen in den Großen Kreisstädten im Rems-Murr-Kreis, mit dem Landkreis sowie den Wahlkreisabgeordneten an.

Die Verwaltung sieht sich in enger Abstimmung mit dem Gemeinderat, dem regelmäßig berichtet wird, in einem kontinuierlichen Prozess, um der Situation auch in Zukunft angemessen zu begegnen und durch weitere Maßnahmen Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Auf operativer Ebene bleibt es zunächst das Ziel, die Einrichtung von Notunterkünften in Sporthallen zu vermeiden.

Finanzielle Auswirkungen:

- keine
- einmalige Kosten von _____ €
einmalige Erträge von _____ €
- lfd. jährliche Kosten von _____ €
lfd. jährliche Erträge von _____ €
- bei Bauinvestitionen ab 350.000 € siehe beil. Folgekostenberechnung
- Haushaltsmittel bei Produktsachkonto _____ vorhanden
- über-/außerplanmäßige Ausgabe von _____ € notwendig
- Sonstiges

gez.
Johannes Berner
Erster Bürgermeister

gez.
Gabriele Zull
Oberbürgermeisterin